

Liestal, 21. Mai 2024/LKA

## Stellungnahme

---

Vorstoss	Nr. <b>2024/212</b>
Postulat	von Christina Wicker
Titel:	<b>Gutschein für ein befristetes Zeitungsabonnement für alle Jungbürge-rinnen und Jungbürger des Kantons Basel-Landschaft</b>
Antrag	Vorstoss ablehnen

### Begründung

Das Freiburger Kantonsparlament hat im März 2024 mit 48 gegen 40 Stimmen eine entsprechende Motion angenommen. Die Motion geht inhaltlich auf die eidgenössische Abstimmung zum Mediengesetz zurück. Zwar hatte national ein Nein resultiert, im Kanton Freiburg stellten sich die Stimmberechtigten jedoch zu 57 Prozent hinter ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien. Die Kosten für die Gratis-Abos für rund 3700 Jungbürgerinnen und Jungbürger pro Jahr werden im Kanton Freiburg mit jährlich 175'000 Franken beziffert.

Die Postulantin schlägt vor, dass der Kanton allen Jungbürgerinnen und Jungbürgern einen Gutschein für ein Jahresabonnement einer Regionalzeitung in gedruckter oder digitaler Form für ein Jahr schenkt. Als Jungbürgerinnen und Jungbürger gelten Jugendliche, die volljährig werden. Laut der kantonalen Statistik von 2023 betrifft dies 2'619 Personen. Als mögliche Zeitungstitel zur Auswahl stünden die Basellandschaftliche Zeitung, die Volksstimme, die Basler Zeitung oder je nach Wohnort ein Wochenblatt. Die normalen Abonnementspreise für ein Digitalabo einer Lokal-/Regionalzeitung betragen zwischen 145 und 239 Franken. Geht man von einem reduzierten Preis von 100 Franken pro Abonnement aus, wäre das 261'900 Franken, falls sämtliche Jungbürgerinnen und Jungbürgern das Angebot nutzen würden. Nutzt es nur die Hälfte wären es immer noch 130'950 Franken. Weitere Kosten sollten bei der Verwaltung nicht anfallen. Das Gratis-Abonnement könnten die jungen Erwachsenen über ein Online-Formular beantragen.

Medienkompetenz ist Bestandteil der Lehrpläne des Kantons Basel-Landschaft. Die Schulen verfügen mit den Lehrplänen und den Lehrmitteln über wirksame Instrumente, um ihre Aufgabe zu erfüllen, junge Menschen auf gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Teilhabe vorzubereiten. Medienkompetenz, verstanden als ein kritischer Umgang mit analogen und digitalen Medien sowie mit den über Medien vermittelten Inhalten, ist grundlegende Voraussetzung für diese Teilhabe und wird in den Schulen praktisch und reflexiv gelernt und geübt. Zudem ist in den Lehrplänen das Thema politische Bildung ebenfalls fächerspezifisch und fächerübergreifend implementiert. Über die Schule hinaus initiiert der Staat auch Programme zur Förderung von Medienkompetenz der breiten Öffentlichkeit im Sinne des lebenslangen Lernens und der Partizipation.

Im Kanton Basel-Landschaft wurde die eidgenössische Abstimmung zum Mediengesetz am 13. Februar 2022 mit 56 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Das heisst, dass das Baselbieter Stimmvolk keine stärkere Förderung der Medien will. Es ist zudem nicht Aufgabe des Staates, die Bürgerinnen und Bürger mit Abonnements zu versorgen. Eine Förderung der Printmedien wäre auch eine einseitige Bevorzugung, welche zum Beispiel die Online-Medien benachteiligen würde.

Aus diesen Gründen und auch wegen der Entlastungsziele im Rahmen der Finanzstrategie 2025–2028 beantragt der Regierungsrat das Postulat zur Ablehnung.